

Wirtschaft unter Druck: So reagiert Deutschland auf die Richtung der USA!

Die deutsche Wirtschaft fordert rasche Regierungsbildung, um sich gegen den zunehmenden Gegenwind aus den USA zu wappnen.

Berlin, Deutschland - Die deutsche Wirtschaft steht unter Druck und verlangt nach schnellen politischen Lösungen, um in der aktuellen Krise handlungsfähig zu bleiben. Angesichts verschärfter Beziehungen zu den USA fordert der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Peter Leibinger, eine „handlungsfähige neue Bundesregierung mit stabiler Mehrheit“ im demokratischen Spektrum. Der Stillstand in zentralen wirtschaftlichen Fragen, wie beim Bürokratieabbau und der Energieversorgung, muss laut Leibinger umgehend beendet werden, da die Unsicherheit Unternehmen und Verbraucher davon abhält, notwendige Investitionen zu tätigen. Dies hat zur Stagnation der Wirtschaft und einer Schwächung des Landes geführt, berichtete **Krone**.

Dringender Reformbedarf und Außenhandelsdruck

Das Handelsumfeld verschärft sich weiter, wie BGA-Präsident Dirk Jandura betont, der auf den „stärkeren Gegenwind“ aus den USA hinweist. Er fordert eine nationale Kraftanstrengung, um Deutschlands wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen. In Zeiten internationaler Handelskonflikte, besonders mit den USA und China, sei ein geschlossenes Auftreten notwendig. Zudem müssen neue Freihandelsabkommen und klare Strategien für offene Handelswege entwickelt werden, um im globalen

Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten. "Für ewiges Zaudern fehlt uns die Zeit", so Jandura weiter – ein dringlicher Aufruf, der die hohen Erwartungen an eine mögliche zukünftige Unionsregierung unterstreicht.

Die Bedeutung der USA für die deutsche Exportwirtschaft hat einen historischen Höhepunkt erreicht, wie das Statistische Bundesamt festgestellt hat. Deutschland exportierte im Jahr 2023 Güter im Wert von 157,9 Milliarden Euro in die USA, die mittlerweile als Deutschlands wichtigster Handelspartner gelten. Jandura wünscht sich, dass diese wertvolle Partnerschaft weiterhin Bestand hat, auch im Hinblick auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nach dem 6. November.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• bga.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at